

09.-12. Juni, Messgelände Berlin  
**LINUX TAG**  
 EUROPE'S LEADING OPEN SOURCE EVENT  
 OPEN SOURCE inspiriert.  
 www.linuxtag.org

## Börse ordnet Dax neu

FRANKFURT AM MAIN - Deutschlands größter Baustoffkonzern Heidelberg-Cement steigt in den Dax auf und ersetzt im deutschen Leitindex das Stahlunternehmen Salzgitter. „Damit haben wir ein wichtiges Unternehmensziel für 2010 erreicht“, sagte Heidelberg-Cement-Chef Bernd Scheifele nach der Entscheidung der Deutschen Börse. **dpa**

### TELEFONARIFE

#### Günstig telefonieren

Ortsgespräche: Montag – Freitag

Uhrzeit	Vorwahl	Anbieter	Cent./Min.
0-7	01028	Sparcall	0,45
	01079	star79 <sup>1)</sup>	1,49
7-12	01088	01088	1,48
	01079	star79 <sup>1)</sup>	1,84
12-16	01088	01088	1,27
	01079	star79 <sup>1)</sup>	1,84
16-18	01088	01088	1,48
	01079	star79 <sup>1)</sup>	1,84
18-19	01088	01088	1,48
	01079	star79 <sup>1)</sup>	1,84
19-24	01088	01088	0,88
	01079	star79 <sup>1)</sup>	1,49

Ortsgespräche: Wochenende/Feiertag

7-21	01088	01088	0,81
	01079	star79 <sup>1)</sup>	1,49
21-7	01088	01088	0,62
	01079	star79 <sup>1)</sup>	1,49

Femgespräche: Montag – Freitag

7-12	01088	01088	1,27
	010011	010011 <sup>1)</sup>	1,59
12-14	01019	freetelPhone	0,80
	010011	010011 <sup>1)</sup>	1,59
14-18	01075	01075	0,97
	010011	010011 <sup>1)</sup>	1,59
18-19	010011	010011 <sup>1)</sup>	1,45
	01032	01032 <sup>1)</sup>	1,53
19-21	01013	Tele2	0,73
	010011	010011 <sup>1)</sup>	1,49
21-7	01013	Tele2	0,79
	01032	01032 <sup>1)</sup>	1,53

Femgespräche: Wochenende/Feiertag

19-21	01070	Arcor	0,59
	01079	star79 <sup>1)</sup>	1,68
21-19	01070	Arcor	0,98
	01079	star79 <sup>1)</sup>	1,68

Vom Festnetz zum Handy: Montag – Sonntag

0-18	01088	01088	7,88
	01067	Linecall <sup>1)</sup>	8,80
18-24	01088	01088	7,88
	01067	Linecall <sup>1)</sup>	8,80

Auslandsgespräche: Montag – Sonntag

Land	Vorwahl	Anbieter	Cent./Min.
Dänemark	01079		1,70
	01012		1,89
Frankreich	01098		1,73
	01012		1,88
Griechenland	01098		1,94
	01079		2,00
Großbritannien	01097		1,34
	01098		1,38
Italien	01012		1,84
	01098		1,86
Österreich	01012		2,19
	01035		2,20
Polen	01098		1,74
	01097		1,82
Russland	01097		3,93
	01098		3,99
Schweiz	01097		1,98
	01098		1,99
Spanien	01097		1,84
	01098		1,88
Türkei	01098		2,53
	01012		2,83
USA	01084		1,80
	01098		1,88

Günstige Call-by-Call-Anbieter ohne Anmeldung. Abrechnung im Minutenakt oder besser. Einige Tarife ändern sich sehr häufig. Anbieter mit einer Tarifansage bieten eine größere Preistransparenz.  
 TarifHotline: 9900 1 330100 (1,86 Euro/Min. von T-Home, Mo-Fr 9-18 Uhr) Stand: 05.06.10  
<sup>1)</sup> Mit Tarifansage. Quelle: www.telarif.de

## Kein Vergleich mehr

Seit einem Jahr erschwert ein Gesetz das Geschäft klagefreudiger Aktionäre - eine Zwischenbilanz

VON MORITZ BAUMSTIEGER

Wenn der Freitag vor der Tür steht, werden Vorstände nervös. Zwar haben sie geübt, wie man mit ihm umgeht, doch bei Freitag weiß man nie. Der kommt aus Köln, heißt Karl-Walter mit Vornamen und macht den Chefs von Aktiengesellschaften die Hauptversammlungen zur Hölle.

Freitag ist der prominenteste unter jenen Spezialisten im Aktienrecht, die damit Geld verdienen, auf Hauptversammlungen Formfehler zu provozieren und sich anschließend ihre Klagen von den Unternehmen durch teure Vergleiche abkaufen lassen. Vor einem Jahr beschloss der Bundestag die Aktionärsrechterichtlinie, kurz Arug, die das fragwürdige Geschäftsmodell erschweren soll. „Räuberische Aktionäre schaden den Aktiengesellschaften in Deutschland“, sagte die damalige Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD). Denn Beschlüsse wie etwa Kapitalerhöhungen oder Fusionen werden erst wirksam, wenn sie im Handelsregister eingetragen sind. So lange sie aber von Aktionären wie Freitag angefochten wurden, ging das nicht.

Viele Unternehmen zahlten, weil sich die Umsetzung wichtiger Beschlüsse sonst oft bis zu zwölf Monate verzögerte. So überwies etwa die Mittelstandsbank IKB vergangenes Jahr zehn Anfechtungen jeweils 107 585 Euro. Der Versicherer Allianz zahlte 2006 an 13 Kläger je 72 166 Euro, die eine Verschmelzung mit einer italienischen Tochter und die Umwandlung der Allianz in eine Europäische Gesellschaft blockierten.

Die skurrilen Methoden der klagefreudigen Aktionäre dürften seit Arug der Vergangenheit angehören: Manche stellen so lange Fragen, bis ihnen das Mikrofon abgedreht wurde, klagten dann wegen Beschneidung ihrer Rechte. Andere stürzten sich von der Bühne und verlangten eine Wiederholung der Beschlüsse, weil sie den zweiten Teil verletzt verpassten. Manche kletterten aus dem Toilettenfenster, so dass die Zahl der abgegebenen Stimmen nicht mehr mit der angemeldeten Aktionäre übereinstimmte. Freitag setzte den Vorstand von Wella sogar unter Druck, obwohl er den Saal nie betrat sondern eben nur vor der Tür stand: 2005 weigerte er sich bei der Hauptver-

sammlung am Eingang seine Tasche durchsuchen zu lassen. Er wurde nicht eingelassen, klagte - und bekam Recht.

Arug nun ordnet das Prozedere bei Anfechtungsklagen neu. Aus vorher zwei möglichen Instanzen wurde eine, ein Oberlandesgericht befasst sich nun direkt mit den Klagen, nach vier Monaten ist mit einem Urteil zu rechnen. Vor allem wurde für Anfechtungen aber ein Mindestquorum eingeführt: Pro Euro Grundkapital geben die Gesellschaften meist eine Aktie heraus, 1000 Euro Grundkapital muss ein Aktionär jetzt auf sich vereinen, um klagen zu können.

So sind hohe Investitionen notwendig, um Beschlüsse anfechten zu können. „Nicht nur sittenwidrig, sondern auch verfassungswidrig“, findet das Karl-Walter Freitag. „Es gibt Unternehmen, bei denen kann man zwei Millionen Euro investieren, und hat trotzdem kein Recht zu klagen“, sagt er.

### Karl-Walter Freitag hält die neuen Regeln für sittenwidrig

„Das ist Entmündigung.“ Früher reichte eine Aktie, und so passierte es, dass „sich 20 verarmte Berliner Anwälte in einen Bus gesetzt haben“, um zu Hauptversammlungen zu fahren, wie Tim Florstedt berichtet. Namen will der Wirtschaftsjurist der Goethe-Universität Frankfurt nicht nennen. Florstedt hat den Gesetzentwurf als Gutachter für den Rechtsausschuss des Bundestages begleitet und schätzt die Wirkung von Arug heute „klar positiv“ ein: „Die Anfechtungsklagen sind weitgehend zurückgegangen.“ Früher habe es bei jeder Kapitalerhöhung rund 100 Anfechtungen gegeben, für jeden einzelnen Kläger waren bei einem Vergleich rund 60 000 Euro zu holen. Inzwischen sei auch bei den Richtern das Problembewusstsein gestiegen, meint Florstedt. Vergangenes Jahr hat das Oberlandesgericht Frankfurt den Berliner Umzugsunternehmer Klaus Zapf zu Schadenersatz verurteilt, seine Anfechtung einer Kapitalerhöhung der Nanoinvests AG sei „sittenwidrig“ gewesen. Zapf ist im Aktienbereich einer der aktivsten Kläger Deutschlands.

Auch Karl-Walter Freitag räumt ein, dass einige in Anfechtungsklagen ein Ge-



**Selbstbewusst.** Karl-Walter Freitag ist der prominenteste unter jenen Spezialisten im Aktienrecht, die gegen die Beschlüsse von Hauptversammlungen klagen. Foto: Walter Schuering

schäftsmodell sahen. „Jede Rechtsfrage hat ihre Konjunktur.“ Doch er sieht in Arug „hysterischen Aktionismus“ seitens des Justizministeriums, das auf „Kampfhennenschrei“ von „Gefälligkeitsliteraten der juristischen Fachzeitschriften“ hereingefallen sei.

Schon vor Arug wurde versucht, das Treiben der räuberischen Aktionäre einzudämmen. Insider erzählen, dass früher an dunklen Straßenecken hohe Geldsummen gegen eine Rücknahme der Klageschrift getauscht wurden. Das ist seit 2005 nicht mehr möglich, seitdem müssen Vergleiche zwischen klagenden Aktionären und Unternehmen im Bundesanzeiger veröffentlicht werden. Also fanden einige Aktionäre neue Wege: Da sich das Anwalts Honorar am Streitwert orientiert, wurde der exorbitant hoch angesetzt. Ließ sich ein Unternehmen auf einen Vergleich ein, war es verpflichtet, die Anwaltskosten der Gegenseite zu übernehmen - auf der sich dann Rechtsbeistand und Kläger die Summe teilten.

Dass Arug ein richtiger Schritt war, meint auch Christian Dohm, der für die Kanzlei Sibeth Unternehmen bei Hauptversammlungen betreut. „Die üblichen Aktionäre melden sich zwar weiter zu den Hauptversammlungen an und stellen dort sehr viele Fragen. Die Zahl der Klagen aber ist deutlich gesunken.“ Obwohl er beruflich auf der Unternehmensseite steht, wünscht er sich kein Aktienrecht wie in den USA oder der Schweiz, wo nur Großaktionäre Fragen stellen dürfen. „Natürlich brauchen wir Aktionärsrechte“, sagt Dohm. „Und natürlich haben die Klagen auch dazu beigetragen, dass auf Unternehmensseite stärker auf die Einhaltung der Regeln geachtet wird.“

Doch auch die klagefreudigen Aktionäre passen sich der Lage an. Rechtsanwalt Dohm sieht die Tendenz, dass sich deren Aktivitäten jetzt auf die größeren Unternehmen konzentrieren, bei denen 1000 Aktien leichter verfügbar sind und außerdem durch Ad-hoc-Meldungen mehr über den Inhalt der Hauptversammlungen bekannt sei.

„Ich werde mir genau überlegen, wo ein Rechtserfolg möglich ist, und wo nicht“, sagt Karl-Walter Freitag. Den „Maulkorb für Investoren“ will er nicht akzeptieren. Einige Vorstände dürften das als Drohung auffassen.

## Finanzminister können sich nicht auf Bankenabgabe einigen

Nach Einschätzung der Vertreter der G-20-Staaten erholt sich die Weltwirtschaft schneller als erwartet

PUSAN - Die Finanzminister der 20 einflussreichsten Industrie- und Schwellenländer (G 20) haben sich bei ihrem Treffen in Südkorea nicht auf eine weltweite Bankenabgabe geeinigt. In ihrer Abschlusserklärung forderten sie am Samstag in der Hafenstadt Pusan lediglich einen „fairen und substanziellen Beitrag“ im Falle einer neuen Finanzkrise. Nach Einschätzung der Minister erholt sich die Weltwirtschaft schneller als erwartet.

Die Finanzminister und Notenbankchefs der G-20-Staaten konnten ihre Differenzen über eine weltweite Bankenabgabe bei ihrem zweitägigen Treffen nicht

beilegen. Für die Abgabe sind die europäischen G-20-Staaten sowie die USA, die von der Finanzkrise stark betroffen waren. Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) macht sich für die Abgabe stark, mit der Rettungsmaßnahmen zur Stützung der Finanzmärkte im Fall einer neuen Krise finanziert werden sollen. Länder wie Australien, Brasilien, Indien und Kanada, deren Banken von der Finanzkrise weitgehend verschont blieben, wollen den Instituten dagegen keine zusätzlichen Kosten aufbürden. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sagte, er wolle beim G-20-Gipfel zumin-

dest wissen, ob eine Verständigung auf eine Besteuerung auf absehbare Zeit möglich sei. Sollte diese nicht zustande kommen, „dann müssen wir es eben europäisch machen“, bekräftigte Schäuble.

Der kanadische Finanzminister Jim Flaherty sagte, die Debatte über die Bankenabgabe sei „eine Ablenkung von den Kernthemen“ gewesen. Als „Kern der Reformagenda“ für die Finanzbranche wurden in der Abschlusserklärung strengere Regeln für die Kapitaldeckung und die Liquidität der Banken genannt. Die Banken sollen demnach ihr Eigenkapital erhöhen und weniger Anreize für eine hohe Verschul-

dung und besonders risikoreiche Geschäfte erhalten. Hedgefonds sollen strenger beaufsichtigt und Ratingagenturen transparenter werden. Die G-20-Staaten wollen die Reformen spätestens Ende 2012 in Kraft setzen, der Rahmen soll bis November stehen. Ende Juni findet im kanadischen Toronto ein G-20-Gipfel statt.

Die Finanzminister äußerten sich in ihrer Abschlusserklärung zufrieden mit der Erholung der Weltwirtschaft nach der Finanz- und Wirtschaftskrise. Der Aufschwung vollziehe sich schneller als gedacht, allerdings „in einem ungleichen Rhythmus je nach Ländern und Regio-

nen“, hieß es in dem Papier. Nach Schäubles Worten sind sich alle einig, dass kein Weg „an der Herstellung der Konsolidierung vorbeigeht“. Einigkeit herrsche auch über eine koordinierte Strategie zur Beendigung der Konjunkturförderprogramme.

Aus Sicht der USA investieren europäische Staaten hingegen zu wenig in den Wirtschaftsaufschwung. US-Finanzminister Timothy Geithner sagte, es sei über die Notwendigkeit gesprochen worden, in EU-Ländern mit Handelsbilanzüberschuss wie etwa Deutschland die Binnennachfrage anzukurbeln. **AFP/dpa**

## OPERNZIRKEL

DEUTSCHE OPER BERLIN

Werden Sie Mitglied des Opernzirkels und besuchen Sie einige der schönsten Vorstellungen der Deutschen Oper Berlin mit bis zu 20 % Ersparnis gegenüber dem regulären Kartenpreis. Sie erhalten an jedem Abend ein kostenfreies Programmheft und können sich im gesonderten Opernzirkel-Foyer zum Austausch mit anderen Abonnenten treffen. Unser Angebot für Sie:

**PELLEAS UND MELISANDE** [Claude Debussy] am 24.09.2010

**JEANNE D'ARC** [Walter Braunfels] am 11.11.2010

**DIE TROJANER** [Hector Berlioz] am 19.12.2010

**GERMANIA** [Alberto Franchetti] am 09.01.2011

**DIALOGUE DER KARMELITERINNEN** [Francis Poulenc] am 25.02.2011

**ARIADNE AUF NAXOS** [Richard Strauss] am 01.04.2011

**MADAMA BUTTERFLY** [Giacomo Puccini] am 14.05.2011

**MACBETH** [Giuseppe Verdi] am 30.06.2011

**PELLEAS UND MELISANDE** [Claude Debussy] am 24.09.2010

**DIE TROJANER** [Hector Berlioz] am 19.12.2010

**ARIADNE AUF NAXOS** [Richard Strauss] am 01.04.2011

**MACBETH** [Giuseppe Verdi] am 30.06.2011

**Paket 2**

**PAKET 1: PG 2** 380 € (statt 476 €), **PG 3** 260 € (statt 320 €)

**PAKET 2: PG 2** 200 € (statt 253 €), **PG 3** 135 € (statt 172 €)

(Preise pro Person.)

Telefon (030) 290 21-530 · www.tagesspiegel.de/opernzirkel

DER TAGESSPIEGEL

